

DIE LETZTE GRENZE DES KALTEN KRIEGES ZWISCHEN ESKALATION UND FRIEDENSPARK- VISIONEN

BERNHARD SELIGER||

Siebzig Jahre Teilung Koreas – eine Herausforderung für das Management der Grenze

Die koreanische Teilung prägt seit fast siebzig Jahren nicht nur die politische Entwicklung Nordostasiens, sondern hat auch ein signifikantes Raumordnungsproblem in Korea geschaffen. Dieses betrifft vor allem die Grenzregion und stellt die Politik Südkoreas vor eine große Herausforderung. Die Weltöffentlichkeit kennt die Demilitarisierte Zone (DMZ) als „heißesten Platz des kalten Krieges“, d.h. als Schauplatz periodisch wiederkehrender Auseinandersetzungen bis hin zu Schusswechseln. Die raum-planerischen Herausforderungen sind weniger spektakulär, haben jedoch gravierende Auswirkungen auf die dort lebenden Menschen, und zwar auch die, die in den der DMZ angrenzenden Kommunen einem speziellen Grenzregime unterstellt sind: Erstens ist die wirtschaftliche Entwicklung der Region ein großes Problem, da mit Ausnahme kleiner landwirtschaftlicher Betriebe kaum Arbeitsplätze vorhanden sind. Zweitens ist die Transportverbindung von Süden nach Norden eine wichtige Frage, nicht zuletzt wegen des wichtigsten innerkoreanischen Projekts, der Kaesong-Industriezone. Erste Eisenbahn- und

Straßenverbindungen durch die Minenfelder des kalten Krieges bestehen schon. Drittens hat sich in und entlang der DMZ ein einzigartiges, international beachtetes Biotop für bedrohte Tiere und Pflanzen entwickelt, da dort menschliche Eingriffe (bis auf einige Aktivitäten des Militärs) so gut wie unbekannt sind. Und viertens wäre die Situation nach einer potentiellen Öffnung Nordkoreas brisant, da sie einerseits eine rasche Entwicklung mit Zerstörung des Biotops der DMZ mit sich bringen kann, andererseits aber – durch die dann einsetzende Konkurrenz aus dem Norden – auch Abwanderung und Arbeitslosigkeit.

Die Parallelen zur Situation in Deutschland sind unübersehbar.¹ Die Erfahrungen Deutschlands – vor der deutschen Einheit mit den Zonenrandförderungsprogrammen und nach der deutschen Einheit mit Umweltschutzverträgen wie dem „Grünen Band“ an der bayerisch-thüringischen und bayerisch-sächsischen Grenze sowie mit den Förderprogrammen für die Wirtschaft – sind zahlreich, und sie werden in Korea genau wahrgenommen.

Die südkoreanische Präsidentin Park Geun-Hye versucht seit ihrem Amtsantritt 2013, durch das Konzept eines „Friedensparks“ an

der Grenze eine Lösung für die immer wieder aufflammenden Spannungen im Grenzgebiet zu schaffen. Gleichzeitig vergeht kaum ein Monat, an dem es nicht an der Grenze auf dem Lande oder zu Wasser zu Spannungen durch Raketentests oder sogar Artillerieangriffe, Seegefechte, Drohnen oder auch Flüchtlingsdramen gibt. Wie kann ein Friedensregime an der innerkoreanischen Grenze aussehen? Kann es so etwas überhaupt geben? Kann ein „Friedenspark“ eine Lösung sein?²

Dieser Artikel gibt zunächst, in Abschnitt 2, einen kurzen Überblick über die mögliche Bedeutung, die die frühere innerdeutsche Grenze und der „Eiserne Vorhang“, der Europa in Ost und West trennte, für die heutige Lage in Korea haben können. Im dritten Abschnitt erfolgt ein Blick auf die Geschichte der DMZ sowie die politische Konfliktlage zwischen Nord- und Südkorea. Schutzkonzepte und -mechanismen für die Grenze werden im vierten Teil diskutiert. Letztlich sind kleine, pragmatische Schritte in Richtung einer Friedenslösung großen, aber unrealistischen Designs vorzuziehen, wie der Ausblick betont.

Das Grüne Band als mögliches Vorbild für die heutige Grenzpolitik zwischen Nord- und Südkorea

Blickt man auf die ehemalige deutsch-deutsche Grenze findet man viele Ähnlichkeiten zur heutigen Grenzsituation in Korea. Für Menschen fast unpassierbar war sie streng bewacht, infrastrukturell nicht erschlossen und weder land- noch forstwirtschaftlich intensiv genutzt. Sie bot somit vielen seltenen Tier- und Pflanzenarten Ruhe und Schutz. Feuchtwiesen, einsame Wälder und Seen blieben ebenso erhalten wie trockene Wiesenflächen, die zwar gemäht wurden, aber gerade dadurch bestimmten Pflanzen und Tieren das Überleben ermöglichten, was Bestandsaufnahmen nach der Wiedervereinigung belegten. Aufgrund der einzigartigen Bedeutung der Flächen entlang der ehemaligen Grenze gelang es, die

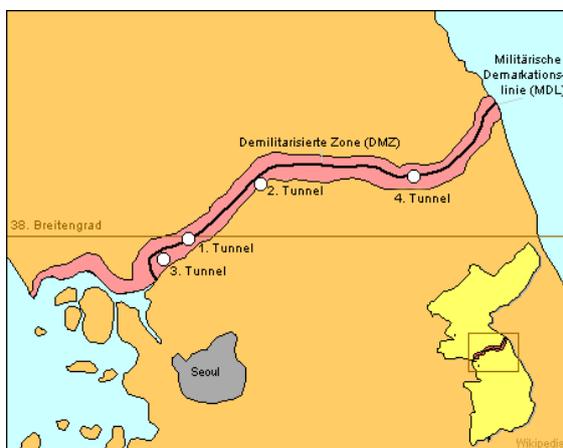
Grenzregion als „Grünes Band“ in diverse Naturschutzprogramme zu erfassen. Doch das „Grüne Band“ erfüllte abgesehen vom Naturschutz auch eine wichtige politische Funktion: Bald schon diskutierte man anderswo am insgesamt 8.500 Kilometer langen früheren eisernen Vorhang über die Möglichkeiten, ein „Grünes Band“ auch für Europa zu schaffen. Dabei stand im Vordergrund die Idee, grenzüberschreitende ökologische Lebensräume durch gemeinsame Initiativen zu schützen, gleichzeitig konnten auch getrennte Kulturräume, wie z.B. zwischen Deutschland und Tschechien (Bayerischer Wald/ Sumava) oder Österreich und Ungarn (Neusiedler See-Seewinkel/ Fertő Hanság), verbunden werden. Man hoffte, dadurch das Misstrauen des Kalten Krieges abzubauen.

Heute schließt die Kooperation entlang dieses europäischen Grünen Bandes insgesamt 22 Länder in drei großen Bereichen ein: das „fennoskandische“ Grüne Band im Norden (Norwegen, Finnland, Russland), das mitteleuropäische Grüne Band (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Deutschland, Tschechien, Österreich, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien) und das Grüne Band im Balkanbereich (Kroatien, Serbien, Montenegro, Mazedonien, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Türkei) bis zum Schwarzen Meer. Natürlich sind die Herausforderungen für die Umwelt in diesen Gebieten sehr unterschiedlich und am intensivsten ist die Zusammenarbeit im innerdeutschen Grenzgebiet. Aber das Bewusstsein, dass die Umwelt etwas Verbindendes ist nach den Jahren der Teilung im Kalten Krieg, ist ein großer Fortschritt. Diese Fortschritte wurden auch international beachtet. Die World Conservation Union (IUCN), der Weltverband für den Umweltschutz, ist einer der wichtigen Partner bei dem Projekt des Grünen Bandes Europa. Und nicht nur dort macht man sich auch Gedanken, ob nicht eines Tages das Konzept des Grünen Bandes auch ein Vorbild für die Weiterentwicklung der DMZ sein kann.³

Eine kurze Geschichte der DMZ und ihre Bedeutung für die innerkoreanischen Beziehungen

Die Demilitarisierte Zone (DMZ) zwischen Nord- und Südkorea ist eine Folge des 1953 mit einem Waffenstillstand beschlossenen, aber nie formal beendeten Koreakriegs. Vorausgegangen war die Kolonisierung Koreas von 1910 bis 1945 durch Japan und danach die Teilung des Landes entlang des 38. Breitengrads, eine willkürliche Trennlinie, die das Land in etwa zwei gleiche Teile teilte (und schon 1902 in Verhandlungen von Japan und Russland eine Rolle spielte). Die heutige Grenze folgt dagegen dem Frontverlauf von 1953, der im Westen etwas südlich des 38. Breitengrads verläuft und dabei auch die (wichtige) frühere Königsstadt Kaesong einschließt, und der im Osten deutlich nördlich verläuft.

Die Demilitarisierte Zone (DMZ) und der 38. Breitengrad in Korea



Quelle: Wikimedia Commons; URL http://de.wikipedia.org/wiki/Demilitarisierte_Zone_%28Korea%29#mediaviewer/File:DMZ_Korea_DE.png [25.09.2014].

Da am Ende des Koreakriegs kein echter Friede stand, versuchte man, die Gefahr von militärischen Konfrontationen, durch die Einrichtung der DMZ, zu verhindern.

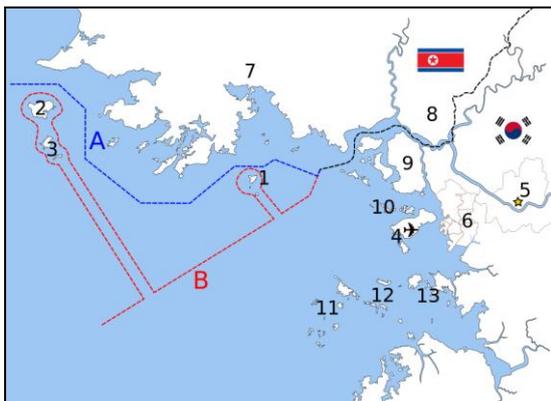
Doch der Plan einer von militärischer Präsenz freien, 2 km breiten Zone entlang der Waffenstillstandslinie, misslang: heute durchzieht ein Netz von militärischen Beobachtungsposten beider Seiten die 245 km

lange und bis zu 500m schmale Grenzzone. In den letzten Jahrzehnten kam es immer wieder zu Vorfällen in und an der DMZ, die sich zum Glück nie in eine Wiederaufnahme des Kriegszustandes ausweiteten.

Eine besondere Gefährdung geht auch von der an die DMZ angrenzende Seegrenze im Gelben Meer aus: dort hatte sich 1953 die Waffenstillstandskommission auf keine endgültige Grenze geeinigt. Stattdessen wurde die Grenze, die sogenannte Northern Limit Line, von den UN-Truppen im August 1953 unilateral eingerichtet und ist seitdem immer wieder Schauplatz schwerer Gefechte, zuletzt im Jahr 2010, als Nordkorea Stellungen der Südkoreaner auf der südkoreanischen Insel Yeonpyeong beschoss. Diese Insel liegt mit zwei weiteren Inseln nur wenige Kilometer vom nordkoreanischen Festland entfernt, ist aber sehr weit vom rückwärtigen südkoreanischen Gebiet entfernt, weshalb die Rechte für das umliegende Seegebiet stark umstritten sind.

Nachdem die Hoffnung, dass Nordkorea sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Europa oder nach dem Tod von Kim Il-Sung 1994 öffnen würde, sich nicht erfüllte, versuchte ab 1998 der neue südkoreanische Präsident Kim Dae-Jung, mit der sogenannten „Sonnenscheinpolitik“ eine Art koreanische Ostpolitik in Gang zu setzen. Diese sah auch eine Transformation der Grenzzone in eine Zone für gemeinsame Projekte vor. Das wichtigste bisher realisierte wirtschaftliche Projekt ist die Eröffnung des Industriekomplexes Kaesong Industrial Complex (KIC), der jedoch weder mit der Anzahl der dort ansässigen Firmen noch der beschäftigten Arbeiter die Anfangs gesteckten Ziele erfüllte. Der weitere Ausbau, der eine höhere Wertschöpfung, z.B. durch Hochtechnologieproduktion, ermöglicht, ist derzeit nicht in Sicht. Grund dafür ist, dass Kaesong weiterhin unter Spannungen zwischen Nord- und Südkorea leidet. Ganz deutlich wurde dies 2013, als Nordkorea im Zuge seiner kriegerischen Rhetorik gegen den Süden für ein halbes Jahr seine Arbeiter ganz aus Kaesong abzog. Ein touristisches

Projekt an der Ostseite der innerkoreanischen Grenze war die Sonder-tourismuszone Kumgangsan, die den Besuch für südkoreanische Besucher im Kumgangsan (oder Geumgangsan) Gebirge ermöglichte. Die Durchführung war jedoch stets problematisch und wurde 2008 nach einem blutigen Vorfall beendet.



Die umstrittene Northern Limit Line (A) und die von Nordkorea vorgeschlagene Grenzlinie (B) (1, 2 und 3 kennzeichnen die drei vorgelagerten Inseln Yeonpyeong, Baegnyeong und Daecheong), Quelle: Wikimedia Commons; URL http://en.wikipedia.org/wiki/Northern_Limit_Line#mediaviewer/File:Map_of_Korean_maritime_border.svg [25.09.2014].

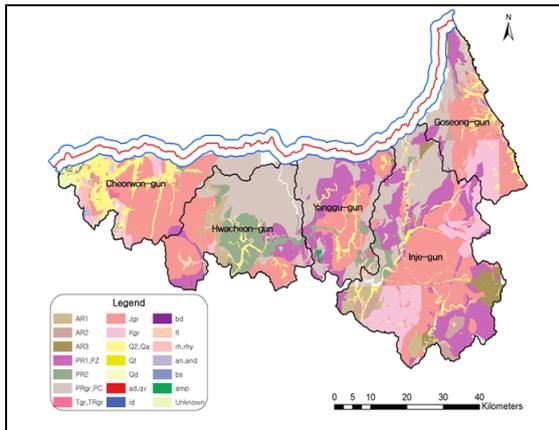
Die beiden großen Projekte in Kaesong und Kumgangsan haben die Grenze tatsächlich zu einem großen Stück transformiert. Nach der Einführung der Projekte gab es insgesamt weniger Konflikte (die sich stattdessen vor allem auf die Seegrenze beider Länder, die Northern Limit Line, konzentrierten). Vor allem der KIC erfordert ein Mindestmaß an logistischer Kooperation, das zu den erwünschten menschlichen Kontakten dazugehört. Auch im Osten des Landes wurde eine Straßenverbindung gebaut, die vor allem auch für den Transport von Hilfsgütern Bedeutung erlangte, wenn sie auch nur selten genutzt wird. Eine ebenfalls mit viel Fanfare eröffnete Eisenbahnverbindung über die Grenze blieb dagegen ein nicht genutztes Propagandawerkzeug. Mit den geringeren Spannungen an der Grenze kam es zeitgleich zu einem gestiegenen Interesse Südkoreas am Naturschutz in der Grenzzone. Dies korrespondiert mit dem allgemein gestiegenen Interesse des reicher gewordenen Südkoreas am Naturschutz. Nun konnten hier

erste Erhebungen über Fauna und Flora durchgeführt werden. Dies führte dazu, dass der Ruf nach grenzüberschreitenden Naturschutzvorhaben als Teil einer Entspannungspolitik immer lauter wurde. Insbesondere Präsident Lee Myung-Bak (Präsident 2008-2013), der eine Transformation Südkoreas zu einem grünen Wachstumsmodell propagierte, sah Naturschutzprojekte an der Grenze als gute Möglichkeit, den ins Stocken geratenen Annäherungsprozess mit dem Norden wieder zu beginnen. Nordkorea, das über das abrupte Ende der Sonnenscheinpolitik enttäuscht war, verweigerte allerdings jede Diskussion über diese Ideen.

Die DMZ – ihre ökologische Bedeutung und Einführung von Schutzkonzepten

Die innerkoreanische Grenzregion hat sich genauso wie das deutsche Grüne Band als ein Refugium für bedrohte Tier- und Pflanzenarten in Korea entwickelt. Gerade wegen der raschen Industrialisierung Südkoreas, die zwar sehr erfolgreich war, aber Umweltgesichtspunkte vernachlässigte, ist eine solche Zone sehr wertvoll in Korea. Der Schutz der Natur ergibt sich paradoxerweise zunächst aus den militärischen Gegebenheiten der Grenze: Die DMZ ist, außer für Soldaten, komplett für menschliche Nutzung gesperrt (mit symbolischen Ausnahmen in zwei Dörfern, je eins im Nordteil und im Südteil, bei Panmunjom). Dahinter beginnt im Süden die sogenannte zivile Kontrollzone (Civilian Control Zone CCZ), die etwa fünf bis zehn Kilometer breit ist und eine Zone darstellt, in der sich Zivilisten nur nach Anmeldung beim Militär und auch nur tagsüber aufhalten dürfen. In dieser Zone findet Landwirtschaft statt, allerdings nicht die intensive Entwicklung, wie sie z.B. für den Küstenstreifen entlang der Ostküste unterhalb der DMZ und CCZ charakteristisch ist. Das Interesse der Südkoreaner am Schutz der Umwelt wuchs in dem Maße, wie das Land die wichtigsten Entwicklungsprobleme überwand, die Menschen reicher wurden und auch mehr Freizeit hatten.

Der Gangwon-Friedens-Geopark entlang der innerkoreanischen Grenze



Quelle: http://www.dmzgeopark.com/eng/sub01/sub01_01.php [01.10.2014].

Die Einführung der Fünf-Tage-Woche erst vor wenigen Jahren hatte etwa einen großen Aufschwung der Freizeitindustrien zur Folge. Zunächst waren die Aktivitäten im Naturschutz entlang der Grenze oft lokal sehr begrenzt und von wenigen Aktivisten wie den beiden großen Umweltverbänden des Landes, Green Korea United und die Korean Federation of Environmental Movements, getragen. Mit der Zeit haben auch die Landkreise und Provinzen entlang der DMZ erkannt, welchen potenziellen Schatz sie mit der DMZ und der anliegenden, relativ naturbelassenen CCZ hatten. Neben dem politischen Grenztourismus begann die Provinz Cheolwon z.B. ein zunächst recht einfaches Programm des Ökotourismus, in dem Busse in den Wintermonaten vor allem Hobbyfotografen in die Überwinterungsgebiete entlang der Grenze brachten.

In der Provinz Gangwon wurde z.B. das Projekt des Gangwon Friedens-Geoparks durchgeführt. Ein Geopark ist ein ausgewiesenes Gebiet, in dem Erdgeschichte erlebbar gemacht wird; damit dient der Geopark einerseits der Bildung, andererseits ist die Marke Geopark auch eine Werbung für ein besonders ausgezeichnetes und geologisch besonderes Gebiet. Da die Hanns-Seidel-Stiftung Korea seit dem Jahr 2006 mit der Gangwon-Provinz an der nachhaltigen Entwicklung der Grenzregion

zusammenarbeitet, begleitete sie ab 2011 die Anmeldung des Friedens-Geoparks bei der UNESCO.

Projekte der HSS

Die HSS in Korea führt seit 2005 in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Goseong sowie mit der Gangwon-Provinz Projekte zur nachhaltigen Entwicklung der Grenzregion durch. Die deutschen Erfahrungen beim Umweltschutz, bei der Raumplanung, bei der Tourismusentwicklung im ehemaligen Grenzgebiet und bei der Wirtschaftsentwicklung waren Themen von Expertenbesuchen, Workshops und Studienreisen.

Im Rahmen eines Projektes zur Entwicklung entlang des Ostmeers wurde nach deutschem Modell eine „romantische Straße“ zur Tourismusentwicklung am Ostmeer eingeführt.

Mehr zu unserer Arbeit unter:

www.hss.de/korea

Der Geopark war ein wichtiger Schritt zu einer größeren Anerkennung für die Bedeutung der DMZ. Die Zielsetzung, sowohl den Schutz als auch die Nutzung von Geotopen zu fördern, kommt dem Wunsch der koreanischen Kommunen nach, nicht eine Einschränkung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten durch den Schutzstatus hinnehmen zu müssen. Schwieriger ist es dagegen mit dem Schutz der DMZ und anliegender Regionen als ein UNESCO-Biosphärenreservat, das von Umweltschützern schon lange gefordert wird. Grundsätzlich besteht hier das Problem, dass bisher auf nordkoreanischer Seite der DMZ keine Schutzzonen im Sinne des Biosphärenreservats bezeichnet werden konnten. In Nordkorea wird das Gebiet der DMZ vom Militär verwaltet und es argumentierte 2012 vor dem UNESCO-Komitee, dass eine Designierung als Biosphärenreservat angeblich dem Waffenstillstandsabkommen widersprechen würde. Trotzdem stellte die Regierung Südkoreas im Jahr 2012 einen Antrag bei der UNESCO, der jedoch aus ei-

nem anderen Grund abgelehnt wurde: auf südkoreanischer Seite wurden nur lückenhaft zusammenhängende Puffer- und Entwicklungszonen ausgewiesen, da ein Landkreis die Widerstände von Landbesitzern nicht überwinden konnte.

Sieht man von den grundsätzlichen Problemen der Kooperation Nordkoreas ab, zeigt auch der politische Prozess vor der Antragstellung auf südkoreanischer Seite strukturelle Probleme: Vorschläge werden oft überhastet gemacht, gerade mit dem Blick auf die nur fünfjährige Amtszeit der Präsidenten ohne Wiederwahloption. Dabei werden große Pläne anstelle kleiner, machbarer Schritte gemacht und es fehlt an Mechanismen der Konsensbildung, etwa im Fall des Landkreises Cheolwon.

Projekte der HSS

Die HSS nimmt auf Anfrage des Innenministeriums (Ministry of Public Administration and Security) seit 2008 als offizieller Berater an einem Projekt mit dem staatlichen Raumplanungsinstitut KRIHS (Korean Research Institute for Human Settlements) teil. Auch für das Korean Institute for National Unification, das staatliche Wiedervereinigungsinstitut, führte die HSS 2009-2010 ein Projekt zur Beratung im Bereich der Entwicklung der Grenzregion durch, so dass die Arbeit der Stiftung dort zum heutigen Zeitpunkt die ganze Länge der Grenzregion betrifft. Im März 2010 wurde die Hanns-Seidel-Stiftung auch als Mitglied in das vom Innenministerium gegründete DMZ Policy Forum berufen.

Ausblick: Kleine Schritte statt große Designs helfen der DMZ am Besten

Mit dem Amtsantritt der Regierung von Park Geun-Hye hat sich langsam der Schwerpunkt der Politik, der unter Lee Myung-Bak auf einem neuen, grünen, Wachstumsmodell bestand, verschoben. Im Bereich der Politik an der innerkoreanischen Grenze blieb jedoch die Idee, dass Umwelt-

kooperation eine Brücke nach Nordkorea bilden kann, bestehen. Präsidentin Park formulierte dazu den Vorschlag, ein „Friedenspark“ zwischen Nord- und Südkorea könnte das Mittel sein, um Kooperation beider Seiten zustande zu bringen und dadurch Vertrauen zu weiteren Schritten der Entspannung zu finden. Prinzipiell ist diese Idee weder schlecht noch neu: Zwischenstaatliche Friedensparks, die zwei, drei oder in einem Fall sogar fünf Länder tangieren, gibt es in vielen Regionen der Erde seit 1914, als zwischen Norwegen und Schweden ein sog. Friedenspark errichtet wurde. Für den Fall Koreas allerdings ergeben sich unweigerlich aus der Idee des Friedensparks schwierig zu beantwortende Fragen:

- Was unterscheidet den Friedenspark von anderen Konzepten, weswegen Nordkorea ihm zustimmen würde (aber nicht z.B. einem Biosphärenreservat)?
- Welchen Beitrag für den Frieden soll der Park konkret leisten?
- Welchen Beitrag für die Umwelt soll der Park konkret leisten?

All diese Fragen sind noch offen. In einer Art Schönheitswettbewerb haben sich Goseong und Cheolwon (in der Gangwon-Provinz) sowie Paju in der Gyeonggi-Provinz für den Friedenspark beworben. Die südkoreanische Regierung hat es aber bisher vermieden, irgendeine Auswahl zu treffen, wohl um andere Bewerber nicht vor den Kopf zu stoßen. Ohnehin gibt es kein Konzept, wie der Friedenspark, der zwingend die Kooperation Nordkoreas voraussetzt, umgesetzt werden soll. Wie schon unter den Vorgängerregierungen wird das Problem deutlich, dass jeder Präsident seine eigene Handschrift in dem Projekt verwirklicht sehen will, ohne auf das aufzubauen, was an Erfahrungen schon da ist. Dadurch besteht die Gefahr, dass letztlich wieder nur ein Plan für die Schublade entsteht und kein tragfähiges Konzept für echte Entspannungspolitik. Eine Alternative zu dieser Politik der großen Konzepte wäre das Zulassen mehr regionaler Initiativen und Initiativen auf Nichtregierungsebene – bisher

regelt das Nationale Sicherheitsgesetz starr, dass alle Kontakte nach Nordkorea nur auf Ebene der Zentralregierung erfolgen können. Regionale Initiativen oder Initiativen von NRO können zwar auch scheitern oder von Nordkorea möglicherweise für Propagandazwecke missbraucht werden – gleichzeitig würde aber auch eine größere Möglichkeit zum Ausprobieren wirksamer Projekte bestehen, ohne dass diese gleich vom ganzen südkoreanischen Staat quasi mitverantwortet werden müssen. In der Zeit der engeren Kooperation während der sogenannten „Sonnescheinpolitik“ hat es solche Projekte bereits gegeben, wenn auch die Durchführung oft von Problemen, vor allem im Monitoring von Projektmitteln, verbunden war. Es käme darauf an, die Initiativen zu fördern, die z.B. wegen internationaler Überwachung von Standards (wie etwa beim Clean Development Mechanism der Vereinten Nationen) möglichst wenig anfällig für Abweichungen vom Projektziel sind.

Bei ihrem Besuch in Dresden im März 2014 hat Park Geun-Hye eine programmatische Rede zur Wiedervereinigung gehalten, die sich durchaus in diesem Sinne interpretieren ließe: sie fordert darin internationale Akteure, auch NRO, auf, sich nach Möglichkeit und mit der Unterstützung Südkoreas in Nordkorea zu engagieren. Dies ist der Weg, den Südkorea gehen sollte und der ermöglichen würde, dass Projekte von der großen Politik zwischen Pjöngjang und Seoul abgekoppelt werden. Gerade für Umweltprojekte ist das der derzeit einzig gangbare Weg, solange Nordkorea kategorisch jede direkte Verhandlung über solche Projekte mit Südkorea ablehnt. Über diese Überlegungen hinaus sollte nicht vergessen werden, dass abseits der prestigereichen, aber derzeit leider unrealistischen Bemühungen um ein Biosphärenreservat im gesamten Grenzgebiet vielerlei Schutztypen auf der südkoreanischen Seite unilateral eingeführt werden können. Dort ist die südkoreanische Bilanz sehr gemischt: Während einerseits die Erforschung der DMZ und die Katalogisierung der Fauna und Flora ein wichtiger Schritt zu besserem Schutz sind,

sind auf regionaler Ebene oft gegenläufige Tendenzen zu bemerken, etwa im schon erwähnten Cheolwon, wo alle Versuche, einen besseren Schutz des nun wichtigsten Kranichüberwinterungsgebiets auf der koreanischen Halbinsel zu erreichen, bisher vergeblich waren, oder in Kimpo, wo die Versiegelung der Landschaft stetig zunimmt.

Kleine, pragmatische Schritte sind an der DMZ notwendig, und nur diese können auch das so stark fehlende Vertrauen zwischen Nord- und Südkorea erst schaffen; Vertrauen, das größere Projekte wie einen Friedenspark, ein grenzüberschreitendes Biosphärenreservat oder eine Wiederaufnahme des Tourismusprojekts im Kumgangsán wieder möglich machen kann. Dann wird das, was in Deutschland vor 25 Jahren aus einem Tagtraum zur Wahrheit wurde, nämlich die Transformation des Todesstreifens in eine Lebensader, auch in Korea möglich.

|| **Dr. Bernhard Seliger**

Auslandsmitarbeiter Korea

ANMERKUNGEN

- 1 Für einen Überblick vgl. Seliger, Bernhard (2006): At the interface of the local, the national and the global: environmental issues in the border regions of divided and unified Germany and perspectives for Korea, in: The Korean Journal of Unification Affairs, Vol. 18, Nr. 1, S. 327-357.
- 2 Für mehr Informationen zum Konzept von Friedensparks vgl. Ali, Saleem (2007): Peace Parks: Conservation and Conflict Resolution, MIT Press.
- 3 Vgl. Seliger, Bernhard (2010): Guest Editorial „20 years of German and European Green Belt – the valuable lessons“, in: Seliger, Bernhard (ed.): KRIHS Special report 2010, Vol. 15, Seoul: Korea Research Institute for Human Settlements, S. VIII-XII und die dort aufgeführten Artikel.